

SPD: Mut zu neuen Wegen!

Warum die Sozialdemokratie sich dem Thema Bedingungsloses Grundeinkommen öffnen sollte.

– Aufruf zur Mitarbeit –
www.solidareinkommen.org

1. Im Laufe der Jahrzehnte haben sich die politischen Familien weltweit und in Deutschland mit dem Thema des Grundeinkommens befasst und aus fast allen **ideologischen Strömungen** gibt es inzwischen Beiträge in Form von Konzepten. Aus der eher konservativ bis neoliberalen Ecke kamen Vorschläge in Form des Solidarischen Bürgergelds oder als konsumfinanzierte Sozialdividende. In der linken Ecke wurde vor Jahren eines der konkretesten BGE-Konzepte in Form des „Emanzipatorischen Grundeinkommens“ durch die Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen der Linkspartei vorgelegt. Inklusiv Staatsfonds und umfassenden ergänzenden Systemveränderungen. Selbst das grüne Spektrum liebäugelt mit dem Thema (Habecks „Garantiesicherung“).
2. Nur in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Ecke ist es eher still; jenseits reflexhaft wirkender Abwehrretorik (wie etwa „Stillhalteprämie“) haben **Sozialdemokratie** und organisierte **Gewerkschaftsbewegung** bislang vollständig auf eine seriöse und ergebnisoffene Prüfung verzichtet, ob das bedingungslose Grundeinkommen auch aus ihrer Sicht einen politischen Nutzen haben könnte. Das erscheint auch bis zu einem gewissen Punkt plausibel. Denn anders als bei Neoliberalen, Konservativen oder Grünen geht es für die Sozialdemokratie und Gewerkschaften um den Kern ihres eigenen Selbstverständnisses und ihre bisherige Leitvorstellung: das BGE stellt das vorherrschende Prinzip der Arbeitsgesellschaft grundsätzlich in Frage, es stellt die Priorisierung von bezahlter Erwerbsarbeit in Frage und es wechselt die Perspektive vom passiven Empfang von (sanktionierbaren) Sozialleistungen zum aktiven Anspruch auf soziale Bürger*innenrechte.
3. Warum sollten sich dann SPD und Gewerkschaften mit der Frage des BGE auseinandersetzen? Ganz einfach: WEIL es die **Arbeitsgesellschaft**, die **Erwerbsarbeit** und die Stellung des **Individuums** in der Gesellschaft grundsätzlich in Frage stellt und neue, zeitgemäße Antworten erzwingt. Wem es nicht aufgefallen ist: unsere bisherigen Antworten, die im Kern aus dem Bekräftigen der seit 100 Jahren geltenden Antworten bestanden, überzeugen immer weniger Menschen im 21. Jahrhundert. Das gilt für die deutsche wie europäische Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung. Das mag an vielen Faktoren liegen, es liegt aber ganz sicher auch an der abhanden gekommenen „großen Erzählung“, am fehlenden Mut zu gesellschaftlichen Visionen und Utopien und an einer der Zeit angepassten Vorstellung von Gesellschaftlichkeit und Sozialstaatlichkeit.
4. Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine **gesellschaftliche Provokation**, dass es die Grundprinzipien unserer protestantisch geprägten Leistungsgesellschaft in Frage stellt. Wenn strukturell 50% der Gesellschaftsmitglieder aus den verschiedensten Gründen nicht erwerbstätig sind, wenn die „Arbeitsgesellschaft“ im Zeitalter der Digitalisierung absehbar nicht mehr ihrer Funktion der Integration durch Arbeit nachkommen kann und wenn die Armut und das Wohlstandsgefälle in dieser Wettbewerbsgesellschaft zunehmen und nicht abnehmen, dann lassen sich mit dem Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens die richtigen (provokanten) Fragen stellen. Warum

soll es in einer modernen und leistungsfähigen Gesellschaft nicht ein Bürger*innenrecht auf Grundeinkommen geben, das das sozio-kulturelle Existenzminimum absichert? Warum soll es nicht einen paradigmatischen Wechsel von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft geben, die auch die unbezahlten, aber gesellschaftlich wichtigen Tätigkeiten erfasst, die im erwerbsbezogenen System der Arbeitsgesellschaft weder anerkannt noch monetär abgebildet werden. Warum werden die z.T. unfassbar hohen Einkommen und Vermögen nicht stärker zur Refinanzierung eines armutsfesten und teilhabeorientierten Sozialstaates herangezogen?

5. Weder Sozialdemokrat*innen noch Gewerkschaftsmitglieder können mit der **grundsätzlichen Ausrichtung** des Bedingungslosen Grundeinkommens ein normatives Problem haben: es ist in seiner sozialpolitischen Ausprägung darauf ausgerichtet, dass Armut (insbesondere das strukturell fest verankerte Übel der Familien- und Altersarmut) zu vermeiden. Es ist darauf ausgerichtet, prekären Beschäftigungsverhältnissen den Boden zu entziehen und den Druck auf Arbeitnehmer*innen bzw. Erwerbslose zu mindern, jeden beliebigen Job annehmen zu müssen. Es ist an einem Menschenbild ausgerichtet, das dem Menschen Selbstbestimmtheit, Tätigkeitsdrang, Solidarität und Kreativität zuschreibt. Es ist von der Vorstellung getragen, dass Arbeitszwang und Sanktionsdrohungen keine Basis für ein solidarisches Miteinander sind. Das Bedingungslose Grundeinkommen lässt den abstrakten Begriff der Freiheit im sozialen Sinne konkret werden. Der Mensch erhält die (materiell abgesicherte) Möglichkeit „Nein!“ zu Zwängen zu sagen und „Ja!“ zu neuen Ideen.
6. Die **Bedenken** der Gewerkschaften – und in ihrem Kielwasser vieler Genoss*innen – richten sich auf die vermeintlichen Folgen in Bezug auf die Arbeitsbereitschaft, die Produktivität und auf eine vermeintliche Entsolidarisierung. Diese Kritik und Abwehr gipfelt in Kampfbegriffen wie „Stillhalteprämie“, „Mitleidsökonomie“ oder „Trojanisches Pferd für neoliberalen Sozialabbau“. Im Kern wird das Bedingungslose Grundeinkommen als Angriff auf den bestehenden Sozialstaat und die kollektivvertraglichen Systeme gewertet und als Alternative die Stärkung eben dieser Systeme (Sozialstaat und Tarifvertragssystem) sowie weiterer (ohne Zweifel guter) Instrumente wie des Mindestlohns empfohlen. Wenn SPD und Gewerkschaften jedoch dieses Gegeneinander betreiben, werden sie sich weiter von den Menschen außerhalb der Tarifbindung entfremden, von den Menschen am repressiven Ende des Sozialstaates entfremden und von Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen oder unbezahlten Tätigkeiten entfremden. Am Ende werden sie scheitern, weil ihnen der Mut fehlt, neue Wege (zu den durchaus bewährten Zielen) zu gehen.
7. Das Bedingungslose Grundeinkommen ist nicht die Antwort auf alle Probleme unserer Zeit. Es ist komplex und in seiner ideologischen Ausrichtung **gestaltbar**. Letzteres ist aber gerade der Vorwurf, den sich SPD und Gewerkschaften gefallen lassen müssen: bislang wurde auf die Gestaltung eines Konzepts zum bedingungslosen Grundeinkommen aus dem sozialdemokratischen bzw. gewerkschaftspolitischen Kontext verzichtet und eine an sich mächtige Idee den Neoliberalen und vereinzelt Querdenker*innen in der gesellschaftlichen Linken überlassen. Dabei begeben wir uns aber der Chance, die Idee des Grundeinkommens sozialpolitisch so zu besetzen, dass sie eben keine Alternative zum bestehenden Sozialstaat ist, sondern eine moderne Anpassung (z.B. an die Steuerfinanzierung). Wir vergeben die Chance, der (Mehrheit) der Menschen ohne Erwerbstätigkeit eine gesellschaftliche Anerkennung auszusprechen. Wir begeben uns aber vor allem der Möglichkeit, über die zeitgemäße Verfasstheit der Arbeits- (bzw. Tätigkeitsgesellschaft) und der Neudefinition von gesellschaftlicher Leistung (Erwerbsarbeit und Tätigkeiten jenseits der direkten Entlohnung) zu diskutieren und neue sozialdemokratische bzw. gewerkschaftliche Ansatzpunkte für Solidarisierungsprozesse zu finden. Dieser letzte Punkt berührt sowohl feministische Debatten (z.B. Gender Pay Gap bzw. Gender Care Gap) als auch klimapolitische Diskurse (Ressourcenschonende Preis- bzw. Konsumsysteme inkl. ökologischer Besteuerung).

8. Ein sozialdemokratisches Konzept des Bedingungslosen Grundeinkommens, das auch gewerkschaftspolitisch anschlussfähig ist, steht aus. Es wird nicht „von oben“ kommen, es muss von unten wachsen. Dieser Aufruf richtet sich an alle Interessierten innerhalb der Sozialdemokratie (d.h. auch aber nicht nur in der SPD) sowie der Gewerkschaften und schlägt vor, dass die bestehende Lücke im ideologischen Diskurs um das Bedingungslose Grundeinkommen von unten gefüllt wird. Als Basis dienen hierzu die nachfolgenden Begründungsansätze und Eckpunkte.
- a. „**Solidareinkommen**“: Das BGE soll in der sozialdemokratischen bzw. gewerkschaftspolitischen Variante „Solidareinkommen“ heißen. Es tritt konzeptionell neben Arbeits- und Kapitaleinkommen. Es verweist zudem in der Bezeichnung auf das Solidarprinzip, das in dieser Ausprägung des Konzepts elementar ist: Solidarität ist keine Einbahnstraße. Der Erhalt und Bezug des Solidareinkommens ist zwar bedingungslos, er ist aber nicht voraussetzungslos. Ohne gesellschaftliche Leistungen (die weder konkretisiert noch sanktioniert werden) und ohne ein Solidarverständnis ist der Sozialstaat nicht leistbar.
 - b. Das Solidareinkommen ist **bedingungslos** (insb. sanktionsfrei), es ist **rechtlich abgesichert** (als Bürger*innenrecht), es ist **allgemein** (für alle Staatsbürger*innen) und es ist **sozio-kulturell existenzsichernd** (deutlich über den heutigen Hartz IV-Regelsätzen).
 - c. Das Solidareinkommen ist **umverteilungswirksam** und soll explizit zu einer Umverteilung zugunsten der unteren und mittleren Haushaltseinkommen führen. Es wird steuerfinanziert. Eine ökologische Komponente sollte ebenso wie eine effektive Vermögensbesteuerung in die Finanzierung einfließen.
 - d. Das Solidareinkommen ergänzt als konsequent steuerfinanzierte Leistung den aktuell mischfinanzierten Sozialstaat (Beiträge/ Steuern) und ersetzt nur teilweise **bisherige Sozialleistungen**. Innerhalb der bisherigen (komplexen) Sozialleistungen bleiben alle Leistungen erhalten, die ein individuelles Risiko abdecken wie etwa Unfallversicherung, Krankenversicherung, Pflege, Reha). Das Solidareinkommen könnte aber bisherige Leistungen der Armutsvermeidung oder der (bislang zu niedrigen) Bedürftigkeitsdeckung von Gruppen wie Familien Schüler*innen, Studierenden oder Senior*innen entfallen lassen. Dies könnten z.B. die bisherige Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II/ Hartz IV, Kindergeld, Bafög und Grundsicherung sein. Voraussetzung hierfür ist, dass die Transferhöhe des Solidareinkommens die Höhe der Bezüge im bisherigen System substantiell übersteigt.
 - e. Das Solidareinkommen steht einer Erwerbstätigkeit nicht entgegen, **Zuverdienste** werden nicht angerechnet. Durch eine entsprechende Ausgestaltung der Steuertarife wird sichergestellt, dass das Grundeinkommen selbst steuerfrei ist, Zuverdienste werden „normal“ versteuert und ab einer zu bestimmenden Grenze („cut off“) in der Einkommensteuer übersteigt die Steuer im Monat die Transferzahlung im Monat, so dass Menschen mit **Spitzenverdiensten** zwar das Solidareinkommen als rechtlich garantierte Transferzahlung erhalten, dieses faktisch aber über die (erhöhte) Steuer wieder zurückerstattet wird.

- f. Das Solidareinkommen wird als **monatliche Direktzahlung** (im Sinne einer Sozialdividende) ausgezahlt und unterscheidet sich somit von Modellen der negativen Einkommenssteuer (hier wird nachträglich im Lichte der Einkünfte – mit hohem unbürokratischen Aufwand – bestimmt, was einem/ einer zusteht).
- g. Die **sozialpolitischen Ziele** des Solidareinkommens sind vorrangig die Armutsbekämpfung (Kinder-, Familien-, Altersarmut, „working poor“ usw.), der Abbau von massiven Ungleichheiten in der Verteilung von Reichtum und Ressourcen sowie die psycho-soziale Stärkung der Menschen durch den Abbau von Fremdbestimmung, Stress, (Existenz-) Ängsten und Burnout, wie sie in der heutigen Leistungs- und Wettbewerbsgesellschaft so alltäglich geworden sind.
- h. Die **gesellschaftspolitischen Ziele** des Solidareinkommens weisen über die individuelle Ebene hinaus. Das Solidareinkommen verankert ein soziales Bürgerrecht, das allen Gesellschaftsmitgliedern einen höheren Grad an Freiheit und Autonomie sichert. Das Solidareinkommen bricht mit überkommenen Leitbildern wie dem Erwerbsarbeitsbegriff, wie der (Erwerbs-) Arbeitsgesellschaft oder der patriarchalen Grundstruktur der nicht-erwerbsbezogenen gesellschaftlichen Arbeiten. Das Solidareinkommen eröffnet zudem durch neue Grade der (zeitlichen) Selbstbestimmung eine Stärkung der Wissensgesellschaft durch höhere Potentiale zur individuellen Weiterbildung, Verwirklichung in Kunst/ Kultur und kreativen Prozessen, die in gesellschaftlichen und ökonomischen Innovationen münden können.
- i. Das Solidareinkommen folgt zwar nicht primär einer ökonomischen Logik, d.h. aber nicht, dass es nicht auch **ökonomische Effekte** geben kann, die aus gesellschaftlicher Sicht durchaus positiv gewertet werden können: hierzu gehören etwa der potentielle Innovationsgewinn durch mehr Zeit, Autonomie und Risikobereitschaft; die Stärkung der Nachfrage (Konsum), über dessen Richtung (Nachhaltigkeit) nachzudenken sein wird; auch eine höhere Arbeitsproduktivität kann ggf. angenommen werden, wenn Menschen unter weniger Stress sowie weniger Burnout leiden und mit mehr Motivation arbeiten.

Wenn Du diese Eckpunkte unterstützt oder wenn Du konzeptionell an der Weiterentwicklung der Eckpunkte mitarbeiten willst, dann schreib an:

redaktion@solidareinkommen.org

Aktuelle Informationen zum Thema immer unter
www.solidareinkommen.org

Berlin, Juni 2020
Mark Rackles (SPD Landesvorstand Berlin)
spd@rackles.de

*„Wenn eine Idee am Anfang nicht absurd klingt, dann gibt es keine Hoffnung für sie.“
(Albert Einstein)*